

Nach schweren Ausschreitungen im überfüllten Flüchtlingslager Moria auf Lesbos verschärft die Regierung in Athen ihre Politik gegen Migranten. Tausende sollen zurück in die Türkei geschickt werden. Ein Anliegen, für das sich auch die Bundesregierung starkmacht.



Seit Tagen protestieren die im überfüllten Flüchtlingslager auf Lesbos ausharrenden Menschen gegen ihre unwürdige Unterbringung.

Foto: AFP/Angelos Tzortzinis

Zündeln nach dem Feuer in Moria

Griechische Regierung will 10 000 Geflüchtete in die Türkei abschieben

Der tödlichen Eskalation im Flüchtlingslager auf Lesbos folgt eine Verschärfung der Asylpolitik durch das konservative Kabinett in Athen.

Von Katja Herzberg

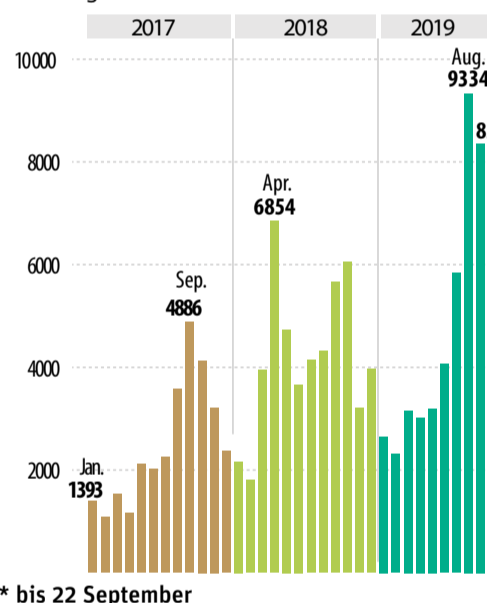
Selten war eine Eskalation so klar vorherzusehen: Seit Wochen nimmt der Druck auf die griechischen Inseln zu, mehr und mehr Geflüchtete kommen dort mit Booten an. Die Lager waren bereits überfüllt, mit den Protesten und einem todbringenden Feuer am Wochenende in der Containersiedlung Moria auf Lesbos kehrt die fortwährende Tragödie nun zurück in die Schlagzeilen. Und sie bestimmt wieder einmal die Agenda der Regierung in Athen wie in der internationalen Politik.

Während die Vereinten Nationen eine rasche Überführung von Tausenden Geflüchteten auf das griechische Festland sowie eine Verbesserung der Lebensbedingungen in Moria fordern, kündigt die Regierung in Athen schnelles Handeln auf anderer Ebene an. Bei einer Krisensitzung am Montag beschloss sie eine Verschärfung ihrer Migrationspolitik. Bis Ende nächsten Jahres sollen 10 000 Menschen in die Türkei abgeschoben werden. Zudem sollen neue Lager errichtet werden, um abgelehnte Asylsuchende einzusperrern. Auch die Grenzpatrouillen in der Ägäis sollen verstärkt werden.

Eine harte Hand gegenüber Geflüchteten war von der im Juli neu gebildeten Regierung unter Führung des Konservativen Kyriakos Mitsotakis

Flüchtlingsankünfte in Griechenland

Anzahl der Ankünfte und Ankunftsorte von Flüchtlingen in Griechenland



Grafik: dpa-infografik; Quelle UNHCR

bereits erwartet worden. Im August kündigte der Ministerpräsident an, die Bearbeitung von Asylanträgen zu beschleunigen. Binnen drei Monaten solle es endgültige Entscheidungen in den Verfahren geben, erklärte der für Migration zuständige stellvertretende Minister Giorgos Koumoutsakos am Montagabend im griechischen Fernsehen. Dafür soll etwa eine zweite Einspruchsmöglichkeit gestrichen werden, die Asylsuchende derzeit nach einem Negativbescheid haben. Bereits in der kommenden Woche soll eine entsprechende Gesetzesänderung vom griechischen Parlament verabschiedet werden.

Dann wolle man auch neues Personal zur Bearbeitung der Anträge einstellen.

Die Linkspartei SYRIZA, die in ihrer Zeit auf der Regierungsbank den EU-Türkei-Flüchtlingspakt mitgetragen hatte, warnt nun vor einer Verkürzung der Asylverfahren. Diese könnte zu Verstößen gegen Menschenrechte führen, was noch längere Verfahren nach sich ziehen würde. Die von der Nea Dimokratia (ND) geführte Regierung habe keinen Plan für eine Migrationspolitik. »Ihr Vorgehen in den letzten Monaten hat die Situation außer Kontrolle geraten lassen

und sie hat kein Interesse an einer Verbesserung, abgesehen von PR-Maßnahmen«, heißt es von SYRIZA.

Entgegen der Vorgaben aus dem EU-Türkei-Abkommen hat die amtierende Regierung am Dienstag 215 Flüchtlinge aufs Festland bringen lassen. Die Menschen – vor allem Familien mit Kindern und Kranke – kamen an Bord einer Fähre aus Lesbos, wie der Sender ERT berichtete. Und doch ist diese Maßnahme nur ein Tropfen auf den heißen Stein: Nach Regierungsangaben harren derzeit bis zu 30 000 Gestrandete auf den griechischen Inseln im Osten der Ägäis aus.

Ihre Zahl ist seit dem Frühjahr sprunghaft angestiegen. Allein 13 000 Menschen sollen es auf Lesbos sein, wo am Sonntag bei einem Brand eine Mutter und ihr Kind ums Leben gekommen sind. In der Folge kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Migranten und Sicherheitskräften.

Auch am Dienstag protestierten laut Medienberichten mehrere hundert Flüchtlinge gegen die Bedingungen ihrer Unterbringung. »Moria ist die Hölle«, stand auf ihren Schildern, als sie in die Inselhauptstadt Mytilini zogen. Im Lager Moria ist nur für 3000 Menschen Platz. Hilfsorganisationen und die örtliche Bevölkerung kritisieren seit Jahren die menschenunwürdige Lage in dem Containerdorf. Auf den anderen Ägäisinseln sieht es kaum besser aus: In einem Lager auf der Insel Samos sind laut UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR 5500 Menschen untergebracht, das sei eine achtfache Überbelegung. Ein Lager auf Kos, das für 700 Menschen ausgelegt sei, beherberge ebenfalls 3000 Menschen.

Laut der Regierung in Athen befinden sich derzeit rund 70 000 Geflüchtete in Griechenland. Allein 45 600 davon sind nach Angaben des UNHCR in diesem Jahr über das Mittelmeer in Hellas angekommen.

Die wachsenden Zahlen und der unwürdige Umgang mit den Geflüchteten wird in den nächsten Tagen Thema politischer Gespräche sein. Erwartet werden EU-Flüchtlingskommissar Dimitris Avramopoulos sowie Bundesinnenminister Horst Seehofer und sein französischer Kollege Christophe Castaner. Mit Agenturen

»Ihr Vorgehen in den letzten Monaten hat die Situation außer Kontrolle geraten lassen.«

SYRIZA zur Politik der neuen griechischen Regierung

Deutschland drückt sich vor Verantwortung

Es war ein deutscher Plan: Griechenland soll die Folgen des EU-Türkei-Pakts ausbaden

Deutschland beurteilt die Situation in Griechenlands Flüchtlingslagern zurückhaltend. Das ist nur scheinbar diplomatisch. Deutschland trägt Mitschuld an den Verhältnissen.

Von Uwe Kalbe

Das Bundesinnenministerium spricht von einem »reibungslosen« Verfahren. Ein Sprecher wies damit Vorwürfe zurück, Deutschland entziehe sich seiner Verantwortung, Flüchtlinge aufzunehmen und damit die Lage in griechischen Flüchtlingslagern zu entspannen. Der Vorwurf: Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge lehne Anträge zur Familienzusammenführung ab, weil Griechenland die Frist verpasst habe und Deutschland deswegen nicht mehr zuständig

sei. Der Ministeriumssprecher: Deutschland habe in diesem Jahr bis Ende August 1102 Übernahmesuchen erhalten und 409 Zustimmungen erteilt. In diesem Jahr seien 521 Personen aus Griechenland übernommen worden.

Hier versuchen Zahlenfuchser, den Anteil Deutschlands an der Lage in griechischen Flüchtlingslagern zu beschönigen. Zum einen hat Bundeskanzlerin Angela Merkel energisch dazu beigetragen, dass das Flüchtlingsabkommen zwischen der EU und der Türkei zustande kam. Merkels Regierungssprecher Steffen Seibert sprach nach der Katastrophe auf Lesbos erneut davon, »ein Schlüssel« zur Lösung der Probleme sei in diesem Pakt zu finden; die Rückführungen müssten »rasch und deutlich gestei-

gert« werden. Sinn der EU-Türkei-Erklärung ist es, Flüchtlinge aus Syrien, Irak und Afghanistan schon vor den Grenzen der EU aufzuhalten. Eben in der Türkei, die dafür sechs Milliarden Euro als Unterbringungsbeihilfe kassierte. Menschen, denen es gelingt, nach Griechenland übersetzen, sollen möglichst umgehend in die Türkei zurückgeschickt werden.

Das allerdings funktioniert nicht wirklich. Seit Inkrafttreten des EU-Türkei-Pakts im Frühjahr 2016 waren es nur knapp 2000 Menschen, die zurückgeschickt wurden. Die griechischen Asylverfahren dauern, aber immerhin – sie finden statt; Griechenland schickt die Flüchtlinge nicht direkt in die Türkei zurück, sondern wendet die Gesetzesstandards an, die in der EU gelten. Dass es so lange

dauert, liegt auch an den eingeschränkten Möglichkeiten der Behörden und den materiellen Einschränkungen in Griechenland, an denen die Austeritätspolitik der EU, also namentlich wiederum Deutschland, einen gehörigen Anteil hat.

Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis kündigte nun an, das Asylsystem seines Landes zu ändern, um 10 000 Flüchtlinge bis Ende 2020 in die Türkei schicken zu können. Unter anderem soll eine bisher geltende zweite Einspruchsmöglichkeit gegen Asylablehnungen fallen. Insider weisen darauf hin, dass die darauf zu erwartende Verfahrenswelle vor der höheren Verwaltungsinstanz zu neuen Wartezeiten führen werde. Denn freiwillig kehren die Menschen nicht in die Türkei zurück. Auch deshalb,

weil dort von zunehmenden Abschiebungen nach Syrien, auch in Bürgerkriegsgebiete, berichtet wird. Pro Asyl spricht von mehreren Tausend abgeschobenen Syrern allein im Juli 2019.

Zum anderen ist Deutschland ursächlich daran beteiligt, dass die Flüchtlinge auf ihrer Flucht nach Europa in Griechenland steckenbleiben. Viele von ihnen wollen zu Verwandten gerade nach Deutschland. Doch hier will man sie nicht. Im Gegenteil: Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) schloss mit Ländern, über die Flüchtlinge vorrangig nach Deutschland kommen, bilaterale Abkommen, um diese direkt an der Grenze und ohne Asylverfahren zurückweisen zu können. Griechenland verlangte im Gegenzug allerdings Entgegenkommen bei der Zusammenführung von

Flüchtlingsfamilien. Weil deutsche Gerichte wegen der inakzeptablen Bedingungen in Griechenland in einer Mehrzahl von Fällen ein Abschiebehindernis erkannte und auch die griechischen Behörden nicht so bereitwillig, wie von Seehofer gewünscht, Rückübernahmen aus Deutschland zustimmen, weigert sich auch Deutschland, Flüchtlinge aus Griechenland zu übernehmen. 2018 wurden 1496 von 2482 griechischen Übernahmegesuchen abgelehnt – fast 60 Prozent aller Anträge. Die Familienzusammenführung, zu deren Regelung die Bundesregierung Jahre brauchte und bei 1000 Menschen pro Monat landete, greift in den »griechischen Fällen« daher nicht. Und das, obwohl die Menschen sich bereits auf dem Gebiet der EU befinden.